Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 16. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 19.09.2022

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

7. Stellenmehrbedarf im Kreisarchiv - DS-Nr.: 5805 -

Eingangs führte die Verwaltung grundsätzlich zu den Stellenmehrbedarfen aus, dass es ihre Intention gewesen sei, frühzeitig über alle aufkommenden Mehrbedarfe für den Haushalt 2023 zu informieren. Darüber hinaus bitte sie, einige Stellen im Vorgriff auf den Haushalt zu beschließen. Sie stellte heraus, dass dies die Ausnahme sein solle und die Entscheidungen ansonsten erst im Rahmen der Haushalts- und Stellenplanberatungen getroffen würden. Mit zwei Ausnahmen seien die im Vorgriff zu beschließenden Stellenmehrbedarfe auf die Corona- bzw. Ukraine-Krise zurückzuführen. In die übrigen Mehrbedarfe wolle sie noch nicht vertieft einsteigen.

Die SPD-Fraktion bat darum, in den Haushaltsplanberatungen einmal IT-Einsatz, Effizienzgewinne und Stellenmehrbedarfe in Zusammenhang zu stellen. Viele finanzielle Mittel würden für IT eingesetzt, um letztlich auch eine Effektivitäts- und Effizienzsteigerung zu erreichen, dennoch gebe es in vielen Bereichen Stellenmehrbedarfe. Die Verwaltung sagte dies zu.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion teilte die Verwaltung mit, dass bereits alle Vorlagen zu Stellenmehrbedarfen veröffentlicht worden seien. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stünden aber lediglich die Vorlagen, für die der Kreisausschuss originär zuständig sei, sowie diejenigen, über die ein Beschluss gefasst werden solle. Die Vorlagen seien zum Teil schon in den Fachausschüssen beraten worden. Hinsichtlich des im Ausschuss für Arbeit und Soziales dargestellten Stellenmehrbedarfs im Jobcenter von 13 Stellen informierte sie, dass es dort zwischenzeitlich zu einer erheblichen Intensivierung gekommen sei, weshalb nunmehr kurzfristig vier Stellen im Vorgriff beschlossen werden sollen.

Die SPD-Fraktion trug vor, dass laut Vorlage die Geschäftsführung Kriegsgräberfürsorge zukünftig vom Kreisarchiv übernommen werden solle. Sie interessiere, welche Aufgaben diese umfasse und wie hoch der Stellenanteil sei.

Die Verwaltung antwortete, dass der Stellenanteil noch nicht beziffert worden sei, aber maximal bei 10 % liege.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen